

---

# Wachstumserfolge der »neuen« EU-Mitglieder

Peter Havlik

---

---

## **Die neuen EU-Mitgliedstaaten: schnelleres BIP-Wachstum, blühender Außenhandel**

---

*(Diese Arbeit beruht auf einer detaillierten, gemeinsam mit Leon Podkaminer durchgeführten Untersuchung. Siehe Havlik P. et. Al, »Accelerating GDP Growth, Improved Prospects for European Integration«, wiiw-Research Report, Nr. 314, März 2005).*

Die acht neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (NMS-8) erzielten im Jahr 2004 ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) – durchschnittlich um fünf Prozent – als im vorangegangenen Jahr, vor allem auf Grund der wachsenden heimischen Nachfrage, besonders bei den Investitionen und dem Konsum. Das Wachstum war in diesen NMS mehr als zwei Prozentpunkte schneller als in den »alten« EU-15. Diese neuen Länder bringen nicht nur neuen Schwung in die europäische Wirtschaft, sondern üben auch einigen Druck auf die EU-Reformagenda aus. Auf der Negativseite zeigt sich, daß in einigen NMS die Arbeitsmarktsituation trotz des starken Wirtschaftswachstums weiterhin schwierig ist. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate ist – vor allem wegen Polen und der Slowakei – fast zweimal so hoch wie in den EU-15, wobei keine Aussichten auf eine baldige Besserung besteht. Das letztere bezieht sich vor allem auf die Industrie, die trotz einer merklichen Beschleunigung des Produktionszuwachses weiterhin Personal abbaut. Das verweist auf eine eindrucksvolle Zunahme der Arbeitsproduktivität, und, angesichts der allgemeinen Zurückhaltung bei den Löhnen, auf die Verringerung der Lohnstückkosten. Die Verbesserung des internationalen Kostenwettbewerbs der NMS wurde jedoch neuerdings durch den Kursanstieg der Binnenwährungen beeinträchtigt. Der hervorragendste Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung des vergangenen Jahres war der Außenhandelsaufschwung. Der Exportsektor der NMS wird stärker – nicht zuletzt wegen der laufenden Reformen und der ausländischen Direktinvestitionen der letzten Jahre. Dazu

kommt noch die zunehmende Integration dieser Länder in die europäische und in die globale Wirtschaft. Vor allem nach der mit dem Beitritt erfolgten Übernahme der EU-Außenhandelsregeln blüht der Handel innerhalb der NMS; sowie auch der Handel mit Ländern außerhalb der EU. Nach einer vorübergehenden Zunahme der Inflation im Jahr 2004, die vor allem durch die vor dem EU-Beitritt durchgeführte Steuerreform und durch die steigenden Energiepreise verursacht wurde, ging sie wieder zurück, und blieb in den meisten NMS unter zehn Prozent. Die noch vorhandenen Unterschiede zur Eurozone, verstärkt durch eine Aufwertungstendenz der NMS-Währungen (häufig durch kurzfristige Kapitaleingänge angeregt), könnte allerdings in Zukunft zu einer Minderung der Konkurrenzfähigkeit führen. Angesichts der laufenden Produktivitätssteigerungen und Qualitätsverbesserungen ist diese Gefahr in den meisten NMS noch nicht akut. Jedenfalls sollten die Entwicklungen der Wechselkurse im Auge behalten werden, vor allem in der Zeit vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion, die in einigen NMS wahrscheinlich über das Jahr 2010 hinausreichen wird. Die Notwendigkeit, übermäßige Budgetdefizite abzubauen, ist eine zusätzliche Aufgabe, die manche NMS in den nächsten Jahren bewältigen müssen. Der EU-Beitritt hat kaum Überraschungen mit sich gebracht, und kann im Allgemeinen als Erfolg gewertet werden. Die direkten wirtschaftlichen Folgen des Beitritts für die NMS sind schwer festzumachen: das Wirtschaftswachstum, vor allem auf dem industriellen Sektor, hatte sich bereits vor dem Mai 2004 beschleunigt, eine zeitweilige Zunahme der Inflation konnte bald eingedämmt werden; die Binnenwährungen erfuhren eine Stärkung. Die Nettotransferzahlungen aus dem EU-Budget waren gering, aber das Tempo der hereinkommenden ausländischen Direktinvestitionen nahm im Jahr 2004 wieder zu – blieben aber unter dem Spitzenwert der Jahre 2000–2002. Die Wachstumsaussichten des BIP sind sehr gut; wenn es nicht zu größeren Störungen im Außenhandel kommt, erwartet man in den NMS für die nächsten Jahre ein jährliches Wachstum von vier bis fünf Prozent, womit diese Staaten das Tempo der nominalen und realen Angleichung an die »alten« EU-Mitgliedstaaten beibehalten. Die Inflationsrate paßt sich ebenfalls in zunehmendem Maße an das Niveau der Eurozone an. Die Schattenseite dieser weitgehend positiven Prognose ist der Arbeitsmarkt, wo keine wesentliche Abnahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Estland, Litauen und Slowenien (die sich bereits am European Exchange Rate Mechanism II beteiligen) würden den Euro gegen Ende 2006 oder Anfang 2007 einführen, wobei die restlichen, durch hohe Defizite gekennzeichneten NMS in den Jahren 2008–2010 folgen dürften.

---

**Äußere Verhältnisse: etwas besser im Jahr 2004, etwas schlechter  
in den Jahren 2005 und 2006**

---

Die seit langem erwartete Erholung in den EU-15 war im Jahr 2004 nicht ein-drucksvoll. Aber im Vergleich mit den niedrigen BIP-Wachstumsraten in den Jahren 2002 und 2003 (1 bzw. 0,8 Prozent), meint man allgemein, daß das von der »alten« EU erzielte Wachstum von 2,2 Prozent positive Auswirkungen auf die neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS) gehabt habe. Die größeren Wachstumsraten in anderen Übergangsländern (vor allem in Rußland, in der Ukraine und in Rumänien, sowie auch in China) haben ebenfalls zur Beschleunigung des Wachstums in den NMS beigetragen. Die NMS bringen zusätzliche Impulse in die europäische Wirtschaft (das BIP in der

Tabelle 1

	BIP				Verbraucherpreise				Arbeitslosigkeit nach LFS <sup>1</sup> (Labour Force Survey) <sup>1</sup>				Zahlungsbilanz			
	Reale Veränderung in Prozenten gegenüber dem Vorjahr in Prozenten				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozenten				In Prozent des Jahresdurchschnitts				in Prozent des BIP			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Prognose				Prognose				Prognose				Prognose			
Tschechien	3.2	4.4	4.3	4.3	0.1	2.8	1.8	2.2	7.8	8.3	8.7	9	-6.3	-5.2	-2.1	-2.1
Ungarn	2.9	4.2	3.4	3.7	4.7	6.8	3.6	3.3	5.9	6.1	6.6	6.5	-8.8	-8.8	-8.1	-7.7
Polen	3.8	5.4	3	4	0.8	3.5	3	3	19.6	19.0	19	19	-2.2	-1.5	-1.3	-1.7
Slowakei	4.5	5.5	5.5	6	8.5	7.5	3	2.5	17.4	18.1	17	16	-0.8	-3.5	-4.7	-4.0
Slowenien	2.5	4.6	3.4	3.4	5.6	3.6	2.7	2.5	6.7	6.3	6.5	6	-0.4	-0.9	-0.6	-0.6
NMS-5 <sup>2(3)</sup>	3.5	5.0	3.5	4.1	.	.	.	.	15.1	14.9	15.1	15.0	-4.0	-3.8	-3.0	-3.0
Estland	5.1	6.2	6	6.2	1.3	3.0	2.8	2.5	10.0	9.7	9.5	9	-13.2	-12.6	-12.1	-11.2
Lettland	7.5	8.5	7.2	6.9	2.9	6.2	5.5	4.5	10.6	10.4	9.8	9.5	-8.2	-12.3	-10.5	-10.0
Litauen	9.7	6.7	6.4	5.9	-1.2	1.2	1.5	1	12.4	11.4	11	10	-6.9	-7.2	-7.8	-7.5
NMS-8 <sup>3(3)</sup>	3.9	5.1	3.8	4.3	.	.	.	.	14.7	14.4	14.6	14.4	-4.4	-4.3	-3.5	-3.5
EU-15 <sup>3)</sup>	0.9	2.2	1.9	2.2	1.9	2.0	1.8	1.6	7.9	8.0	8.0	7.8	0.35	0.43	.	.
EU-25 <sup>3)</sup>	1.1	2.5	2.1	2.4	2.0	2.1	1.9	1.7	8.9	9.0	9.0	8.7	0.14	0.21	.	.

Anmerkungen: die neuen EU-Mitgliedstaaten – 1. Labour Force Survey, basiert auf ILO-Definition – 2. wiw-Schätzung (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche – 3. die Angaben zur Zahlungsbilanz beinhalten die Bewegungen innerhalb der Region.

Quelle: wiw (Februar 2005), Eurostat; Prognosen für die EU-15; Europäische Kommission.

erweiterten EU-25 stieg im Jahr 2004 um 2,4 Prozent – siehe Tabelle 2. Sie erhöhten die Dringlichkeit der europäischen Reformagenda (etwa den Stabilitäts- und Wachstumspakt, sowie die Strategie von Lissabon), und verlieh sogar der EU-Außenpolitik zusätzliche Akzente (z. B. in bezug auf die Ukraine). Man erwartet gespannt, wie stark ihre Stimme bei der Ausarbeitung der nächsten EU-Finanzpläne für 2007 bis 2013 sein wird, vor allem angesichts ihres potentiell außerordentlich wichtigen Einflusses auf das mittel- und langfristige Wachstum in den NMS.

Zu den Faktoren, welche die NMS-Volkswirtschaften in jüngster Zeit beeinflussen, zählt auch die wesentliche Schwächung des Dollars gegenüber dem Euro, was im großen und ganzen im Jahr 2004 positive Auswirkungen hatte. Sowohl die Exporte als auch die Importe der NMS werden vorwiegend in Euro abgewickelt (der im großen und ganzen gegenüber ihren nationalen Währungen stabil geblieben ist), aber ihre Erdöl- und Erdgasimporte werden in Dollar abgerechnet. Auf diese Weise trägt die Dollarschwäche dazu bei, die negativen Auswirkungen der hohen Weltmarktpreise bei Energie zu mildern. Die wachsende Nachfrage nach anderen Rohstoffen, vor allem Stahl, und die im Jahr 2004 erfolgten verschiedenen Steigerungen der einschlägigen Weltmarktpreise, mögen einigen NMS sogar genützt haben, die weiterhin über größere Stahlkapazitäten verfügen, wie etwa Polen, die Slowakei und Tschechien.

Im Jahr 2005 wird das Wirtschaftswachstum in den EU-15 wahrscheinlich geringfügig zurückgehen, vor allem, wenn der Euro gegenüber dem amerikanischen Dollar weiterhin stark bleibt. Die seit Jahren schleppende Nachfrage in der Bundesrepublik wird kaum wesentliche Zuwächse bringen. Die deutschen Arbeitsmarktreformen werden sich, zumindest in naher Zukunft, negativ auf die heimische Nachfrage auswirken. Die im Vergleich mit anderen EU-Staaten hervorragende internationale Konkurrenzfähigkeit wird wahrscheinlich noch weiter zunehmen. Auf diese Weise wird sich die interne Schwäche der deutschen Wirtschaft über die ganze EU und darüber hinaus ausbreiten. Angesichts dessen werden sich die außenwirtschaftlichen Bedingungen, vor die sich die NMS im Jahr 2005 (und wahrscheinlich auch 2006) gestellt

Tabelle 2

**Mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten (NMS-8): Überblick über die wirtschaftlichen Grundlagen, 2004.**

	Tschechien	Estland	Ungarn	Lettland	Litauen	Polen	Slowakei	Slowenien	NMS-8 <sup>1)</sup>	EU-15	EU-25 <sup>2)</sup>
BIP in Euro-Wechselkursen, mrd Euro	85,26	8,86	82,25	10,83	17,90	195,02	33,21	25,96	459,28	9720,11	10204,45
BIP in Euro lt.PPP, mrd Euro	155,63	15,22	140,27	22,38	37,30	404,07	65,33	34,62	874,83	9306,40	10204,45
BIP in Euro, lt.PPP, EU-25=100	1,5	0,1	1,4	0,2	0,4	4,0	0,6	0,3	8,6	91,2	100,0
BIP in Euro, lt.PPP, per capita i	15570	11280	13890	9670	10860	10580	12140	17350	12034	24251	22288
BIP in Euro, lt.PPP, per capita, EU-25=100	70	51	62	43	49	47	54	78	54	109	100
BIP in Fixpreisen, 1990=100	114,8	116,0	124,1	85,8	94,5	141,9 <sup>3)</sup>	123,6	135,7	136,9	130,6	131,0
BIP in Fixpreisen, 2000=100	112,1	127,4	115,0	133,2	132,8	112,0	119,5	113,3	114,5	105,9	106,2
Industrieproduktion, real, 1990=100	109,6	91,6	185,8	61,3	56,2	209,9 <sup>3)</sup>	117,6	100,4	154,8	119,8	121,4
Industrieproduktion, real, 2000=100	129,9	140,4	122,8	130,4	153,2	122,8	126,3	112,0	125,4	101,2	102,3
Bevölkerung, in tausenden, durchschnittlich	10207	1349	10097	2314	3436	38183	5382	1997	72965	383759	457847
Beschäftigte – LFS, in tausenden, durchschnittlich	4707	595	3900	1020	1435	13707	2161	933	28458	161792 <sup>4)</sup>	190225 <sup>4)</sup>
Arbeitslosenrate, lt.LFS, in Prozent	8,3	10,0	6,1	10,4	11,4	19,3	18,5	6,3	14,6	8,1	9,1
Öffentliche Ausgaben, EU-Def., in Prozent des BIP	46,7	38,7	48,7	36,0	35,7	51,2	40,1	47,5	47,6	48,0	48,0
Öffentliche Einnahmen, EU-Def., in Prozent des BIP	42,4	39,3	43,3	34,0	33,2	45,6	34,6	45,3	42,8	45,3	45,1
Preisniveau, EU-25=100 (PPP/Wechselkurs))	54	58	59	48	48	48	51	75	52	104	100
Monat. Vergütung pro Beschäftigten <sup>5)</sup> , in Euro	818	644	958	420	500	755	609	1515	780	2900	2625
Monatl. Vergütung pro Beschäftigten, EU-25=100	31,1	24,5	36,5	16,0	19,1	28,8	23,2	57,7	29,7	110,5	100,0
Warenexporte, in Prozent des BIP	62,4	54,3	53,2	30,7	42,0	33,1	67,5	48,9	46,1 <sup>6)</sup>	27,9 <sup>6)</sup>	28,7 <sup>6)</sup>
Warenimporte, in Prozent des BIP	63,7	74,6	56,2	51,1	52,0	35,9	70,8	51,9	49,8 <sup>6)</sup>	26,8 <sup>6)</sup>	27,8 <sup>6)</sup>
Dienstleistungsexporte, in Prozent des BIP	9,1	25,5	9,0	13,2	10,8	5,3	8,7	10,7	8,0 <sup>6)</sup>	8,1 <sup>6)</sup>	8,1 <sup>6)</sup>
Dienstleistungsimporte, in Prozent des BIP	8,6	15,6	10,0	9,0	7,3	5,1	8,1	8,2	7,4 <sup>6)</sup>	7,7 <sup>6)</sup>	7,7 <sup>6)</sup>
Leistungsbilanz, in Prozent des BIP	-5,4	-15,1	-8,5	-12,5	-8,3	-1,8	-3,0	-0,7	-4,4 <sup>6)</sup>	0,3 <sup>6)</sup>	0,1 <sup>6)</sup>
FDI Aktien per capita in Euro	4120	4680	4660	1470	1340	1230	1950	2760	2280	.	.

NMS-8: Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien. EU-15: EU bis zum 30 April 2004. EU-25: EU ab 1 May 2004. PPP: Purchasing Power Parity - Arbeitskraftparität.

1. wiiw Schätzungen. – 2. wiiw Schätzungen ohne Beschäftigte, Budget und Vergütung pro Beschäftigten. – 3. 1989 = 100, welches im Falle Polens als geeignetes Referenzjahr erscheint. – 4. Beschäftigte in der Altersgruppe 15-64 Jahre, 2004. – 5. Bruttolöhne, plus indirekte Arbeitskosten, Gesamtwirtschaft, nationales Bilanzierungskonzept - 6) NMS-8-, EU-15- und EU-25-Daten beinhalten auch die Bewegungen innerhalb der Region.

Quelle: wiiw, AMECO, Eurostat.

sehen werden, weniger günstig sein als im Jahr 2004. Ferner ist zu erwarten, daß das Wachstum in den meisten Übergangsländern (Rußland, die Ukraine, einige Balkanstaaten) nachlassen wird, was sich weiterhin auf die NMS-Exporte auswirken dürfte. Soweit sich die außenwirtschaftlichen Verhältnisse auf die wirtschaftlichen Leistungen der NMS auswirken, ist somit eine geringfügige Beeinträchtigung des Wachstums in den NMS im Jahr 2005 zu erwarten, wobei eine spätere bescheidene Erholung durchaus möglich erscheint.

### **BIP-Wachstum 2004 vor allem durch die heimische Nachfrage bestimmt**

In den NMS-5 (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien) war das BIP-Wachstum im Jahr 2004 wesentlich höher – um durchschnittlich fast fünf Prozent – als in den letzten Jahren. In den drei baltischen Staaten war – mit Ausnahme Litauens – das Wachstum 2004 ebenfalls höher und dauerte auf hohem Niveau weiter an (siehe Tabelle 1). Um die tatsächliche Bedeutung der Veränderungen in den einzelnen BIP-Bestandteilen zu ermessen, kann man die Anteile dieser Komponenten an der Gesamtheit aller BIP-Wachstumsraten schätzen. Die Ursachen des heutigen Wachstums sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Im Jahr 2004 war es ausschließlich der Gesamtverbrauch (der private und der öffentliche zusammengenommen) der zum Gesamtwachstum des BIP in allen NMS beitrug<sup>1</sup>. Allerdings gibt es auch hier eine Ausnahme, nämlich in Tschechien, wo der Beitrag des Konsums bloß

marginal gewesen ist. Der Anteil der fixen Bruttoinvestitionen am BIP-Wachstum war im allgemeinen durchaus nennenswert, nicht aber in Polen und in der Slowakei, wo die Investitionszuwächse eher gering ausfielen. Es mag überraschen, daß die Beiträge des Außenhandels überall – mit Ausnahme von Polen – rückläufig waren, aber in anderen Ländern stark variierten. Mit anderen Worten, offensichtlich hatte der Außenhandel im Jahr 2004 eine Verringerung des realen BIP-Wachstums bewirkt – außer in Polen. Andererseits wurde das BIP-Wachstum im Jahr 2004 überall (einschließlich Polens) durch die heimische Nachfrage stimuliert<sup>2</sup>. Das steht im Gegensatz zu den Entwicklungen in der Eurozone (vor allem in der Bundesrepublik), wo die Inlandsnachfrage sowohl 2003 als auch 2004 wesentlich geringer war. Siehe *Eurostat New Release* 6/2005, 12. Januar 2005.

Das Fehlen überzeugender statistischer Hinweise auf etwaige starke Einflüsse des »EU-15-Wirtschaftsklimas« auf die Entwicklung der Anteile des Außenhandels am gesamten BIP-Wachstum, bedeutet nicht unbedingt, daß es keine Einflüsse gibt. Man kann behaupten – aber nicht eindeutig nachweisen –, daß wenn das Wachstum in den EU-15 Ländern im Jahr 2004 wesentlich geringer gewesen wäre, die Anteile des Außenhandels am Wachstum der NMS noch niedriger gewesen wären, als die bereits festgestellten. In diesem Sinn mag schon die EU-Mitgliedschaft als solche dem Handel genützt haben (und damit auch den gesamten BIP-Wachstum). (Siehe auch den folgenden Abschnitt über den Außenhandel.) Jedenfalls erscheint es gesichert, daß sich die jüngsten Entwicklungen in den einzelnen NMS auf separaten Bahnen bewegen. Das ist verständlich, da die einzelnen NMS, trotz einiger gemeinsamer Merkmale, nicht die gleichen Probleme haben und überdies nicht die gleiche Wirtschaftspolitik betreiben. Dazu kommt noch, daß die sich dort herausbildenden Konjunkturzyklen« bei weitem nicht synchron verlaufen.

---

### **Industrie wird stärker, Wachstum wieder schneller**

---

In den letzten Jahren erlebte der Industriesektor in den NMS umfassende Umstrukturierungen, verstärkt durch nachhaltige Reformen sowie einer erheblichen Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen. In den letzten zehn Jahren verzeichnete die Produktion einen rapiden Aufschwung, während die Gesamtbeschäftigung in der Industrie zurückging (oder in einigen NMS, wie etwa Ungarn, bestenfalls stagnierte), was aber zu erheblichen Produktivitätssteigerungen führte. Im Zeitraum 2000–2004 stieg die Industrieproduktion um 25 Prozent (siehe Tabelle 3), während die Arbeitsproduktivität in allen NMS um durchschnittlich mehr als 30 Prozent stieg, wobei die baltischen Staaten (die von einer sehr niedrigen Basis ausgingen) das schnellste Wachstum aufwiesen. Die Umstrukturierung der Industrie wurde in den einzelnen NMS von umfangreichen Verschiebungen innerhalb ihrer jeweiligen Struktur begleitet. Das galt vor allem für Verkehrsmittel und elektrische Ausrüstungen in den NMS-5, für Holzzeugnisse und Möbel in den baltischen Staaten (sowie für Textilien und Bekleidung in den nächsten Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien), wodurch sich in den jeweiligen Ländern neue Industriezweige entwickelten.

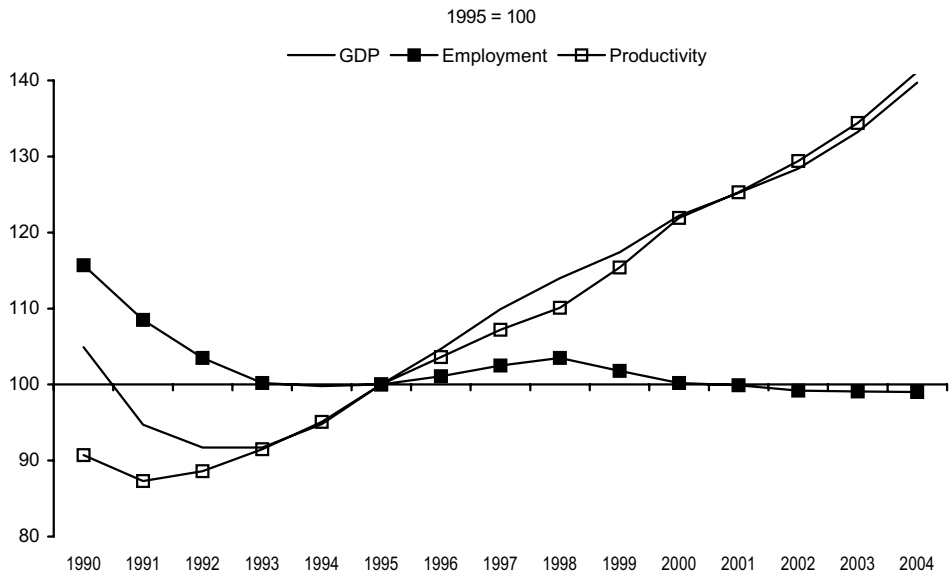
Das Wachstum der Industrieproduktion stieg im Jahre 2004 erneut, um durchschnittlich fast zehn Prozent in allen NMS. In den meisten Ländern hatte sich das vor dem EU-Beitritt abgezeichnet. Der später noch zu besprechende Trend zu einem »Wachstum ohne neue Jobs« ging weiter: trotz bedeutender Produktionszuwächse,



duktivitätszuwachs, den man in den meisten NMS nach 1995 erreichte, wurde im Zusammenhang mit einer geringen Beschäftigungszunahme auf dem Dienstleistungssektor sowie erheblichen Arbeitsplatzverlusten in Landwirtschaft und Industrie gesehen (hier wieder mit Ausnahme von Ungarn<sup>3</sup>). Man kann somit die allgemeine Entwicklung als »Wachstum ohne neue Jobs« charakterisieren. Im Zusammenhang mit der Lissaboner Strategie der EU, die sowohl auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit als auch auf ein hohes Beschäftigungsniveau zum Ziel hat, sehen sich also die NMS vor eine noch größere Hausforderung gestellt als die EU-15.

Eine Konzentration auf die gleichzeitige Verwirklichung beider Ziele (das heißt schnelles Produktivitätswachstum und Zunahme der Beschäftigung) mag widersprüchlich sein. Wenn man bedenkt, daß die NMS vor einer Situation stehen, in der sie es sowohl mit niedrigen Produktivitätszahlen als auch mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu tun haben (im Durchschnitt fast doppelt so hoch wie in den EU-15), so müssen sie sowohl die Produktivität als auch das Beschäftigungswachstum gleichzeitig angehen. So gesehen und unter Berücksichtigung des prognostizierten Wirtschaftswachstums und der sich ändernden Wirtschaftsstrukturen, sind die Aussichten auf eine Steigerung der Beschäftigung (außerhalb des Dienstleistungssektors) bei den NMS nicht sehr ermutigend. Ohne eine substantielle Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums und/oder eine vermehrte Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Dienstleistungssektor, sind die NMS wohl dazu verurteilt, entweder auch in der Zukunft wesentlich weniger produktiv als die EU-15 Mitgliedstaaten zu bleiben, oder künftig mit noch höheren Arbeitslosigkeit rechnen zu müssen<sup>4</sup>.

Figur 1 **BIP, Beschäftigung und Produktivität in den NMS**



Quelle: wiw Database einschließlich nationale Statistiken, wiw –Prognosen (gewichtet nach NMS-Durchschnittswerten).

Die Lage auf dem NMS-Arbeitsmarkt blieb auch im Jahr 2004 weiterhin schwierig. Trotz einem robusten Wachstum des BIP, zeigte die Beschäftigung kaum Bewe-

gung, und die durchschnittliche Arbeitslosenrate verharrte in den NMS nahe an den 15 Prozent (Tabelle 1), also fast doppelt so hoch, wie in den EU-15 (8,1 Prozent). Eine extrem hohe Arbeitslosigkeit besteht weiterhin in Polen (über 19 Prozent) und in der Slowakei (18,5 Prozent). In Tschechien, Ungarn und in Slowenien liegen die Arbeitslosenraten nahe an oder sogar unter dem EU-Durchschnitt. Angesichts der geringen Anpassungsfähigkeit der Beschäftigung an das Wachstum in den NMS, ist eine markante Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt mittelfristig (und möglicherweise auch langfristig) nicht zu erwarten<sup>5</sup>.

---

### **Der Außenhandel expandiert, vor allem außerhalb der »alten« EU**

---

Im Jahr 2004 entwickelte sich der Außenhandel der NMS außerordentlich günstig. Der Beitritt zur EU und die damit verbundenen Veränderungen im Handelsregime haben offenbar sowohl den Exporten als auch den Importen zusätzliche Impulse gegeben. Nach den nicht sehr eindrucksvollen Leistungen im Jahr 2003 (was auch mit der stagnierenden Nachfrage in der Eurozone zu tun hatte), erhöhten sich die Exporte der NMS 2004 in Euro berechnet um mehr als 20 Prozent, und damit schneller als die Importe (plus 18 Prozent). Dadurch wurde auch die Integration dieser Region in die europäische und in die Weltwirtschaft weiter vorangetrieben<sup>6</sup>. Die beiden führenden NMS-Exportländer – Polen und Tschechien – erzielten das höchste Exportwachstum (jeweils etwa 25 Prozent) und verbesserten damit ihre Handelsbilanzen. Andererseits war der Anstieg der Exporte der anderen NMS geringer, was zu einer Verschlechterung ihrer Handelsbilanzen führte (Tabelle 4). Trotz einer geringfügigen Verschlechterung der gesamten Außenhandelsbilanz (das Gesamthandelsdefizit der NMS-8 stieg im Jahr 2004 um 0,5 Milliarden Euro auf 27,3 Milliarden Euro), war die Zunahme der Exporte gegenüber den Importen dennoch eine Leistung. Das verweist auf eine weitere Stärkung des Exportsektors der NMS, was angesichts der steigenden Importpreise (vor allem bei Energie und Metallen, die einen wichtigen Anteil an den Importen haben), umso bemerkenswerter ist. Dazu kam noch der Kuranstieg der NMS-Währungen<sup>7</sup>.

Die ersten Schätzungen der regionalen Zusammensetzung des Außenhandels der NMS, und eine vorsichtige Beurteilung der Auswirkungen des EU-Beitritts (laut vorläufiger Daten für die ersten neun bis zehn Monate des Jahres 2004<sup>8</sup>) zeigen, daß nach dem Beitritt zur EU mehr als 80 Prozent der NMS-Exporte – und fast 70 Prozent ihrer Importe, auf den EU-Binnenhandel entfielen (Tschechien und die Slowakei haben aufgrund ihres starken Außenhandels den höchsten Anteil an den Importen innerhalb der EU – (siehe Figur 2). Durch diesen außergewöhnlich hohen Grad der Integration des Handels, sowie der Offenheit der NMS-Volkswirtschaften (siehe auch den Anteil ihrer Exporte und Importe am BIP auf Tabelle 2), hatten die Entwicklungen in der EU (insbesondere in der Eurozone und in der Bundesrepublik) einen wesentlichen Einfluß auf die NMS. Die NMS-Exporte in die EU-25 stiegen um 19 Prozent (die Importe um 17 Prozent), wobei Tschechien und Polen (und auch Litauen) wieder die höchsten Wachstumsraten aufwiesen. Der gesamte Handelsüberschuß der NMS-5 gegenüber der EU wurde 2004 fast verdoppelt, und erreichte mehr als 10 Milliarden Euro. Was den Handel mit den EU-15 betrifft – den Haupthandelspartnern aller NMS –, so betrug das Wachstum der NMS-Exporte im Jahr 2004 mehr als 17 Prozent, das war doppelt so viel wie im Jahr 2003 (aber dennoch etwas

Tabelle 4

### Der Außenhandel der neuen EU-Mitgliedstaaten, in Mill.Euro

(Grundlage Zollstatistiken)

		1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>1)</sup>	2003	2004 <sup>1)</sup>
		Änderung in %								
Tschechien	Exporte	23068	24640	31483	37251	40726	43051	53119	5.7	23.4 <sup>I-XI</sup>
	Importe	25287	26386	34876	40675	43025	45243	54142	5.2	19.7 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-2219	-1746	-3393	-3424	-2298	-2192	-1024	.	.
Ungarn <sup>2)</sup>	Exporte	20477	23491	30545	34082	36523	38041	43859	4.2	15.3 <sup>I-XI</sup>
	Importe	22871	26288	34856	37654	39939	42189	48331	5.6	14.6 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-2394	-2797	-4312	-3572	-3417	-4149	-4472	.	.
Polen	Exporte	25145	25729	34383	40375	43400	47511	59434	9	25.1 <sup>I-XI</sup>
	Importe	41539	43151	53122	56223	58307	60288	71557	3	18.7 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-16394	-17422	-18739	-15848	-14907	-12777	-12122	.	.
Slowakei	Exporte	9541	9602	12880	14115	15270	19359	22528	26.8	16.4 <sup>I-XI</sup>
	Importe	11635	10628	13860	16488	17517	19924	23568	13.7	18.3 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-2094	-1025	-980	-2372	-2247	-565	-1039	.	.
Slowenien	Exporte	8052	8037	9505	10349	10966	11288	12465	2.9	10.4 <sup>I-XI</sup>
	Importe	8999	9482	10996	11345	11578	12242	13736	5.7	12.2 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-947	-1445	-1491	-997	-612	-954	-1271	.	.
NMS-5	Exporte	86283	91499	118795	136172	146885	159250	191405	8.4	20.2 <sup>I-XI</sup>
	Importe	110331	115935	147709	162385	170367	179886	211333	5.6	17.5 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-24049	-24436	-28915	-26213	-23481	-20636	-19928	.	.
Estland	Exporte	2232	2238	3445	3698	3638	3995	4753	9.8	19.0 <sup>I-XI</sup>
	Importe	3499	3224	4615	4798	5079	5734	6997	12.9	22.0 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-1266	-985	-1171	-1101	-1441	-1739	-2244	.	.
Lettland	Exporte	1616	1617	2020	2233	2418	2560	3127	5.8	22.2 <sup>I-XI</sup>
	Importe	2844	2764	3453	3913	4287	4635	5561	8.1	20.0 <sup>I-XI</sup>
	Saldo	-1228	-1147	-1433	-1680	-1868	-2076	-2434	.	.
Litauen	Exporte	2881	2579	3837	4775	5524	6158	7523	11.5	22.2
	Importe	4776	4333	5644	6762	7941	8526	10229	7.4	20.0
	Saldo	-1895	-1754	-1807	-1987	-2416	-2368	-2706	.	.
NMS-8	Exporte	93012	97933	128096	146877	158466	171963	206807	8.5	20.3
	Importe	121451	126255	161422	177858	187673	198781	234120	5.9	17.8
	Saldo	-28439	-28322	-33326	-30980	-29207	-26818	-27312	.	.

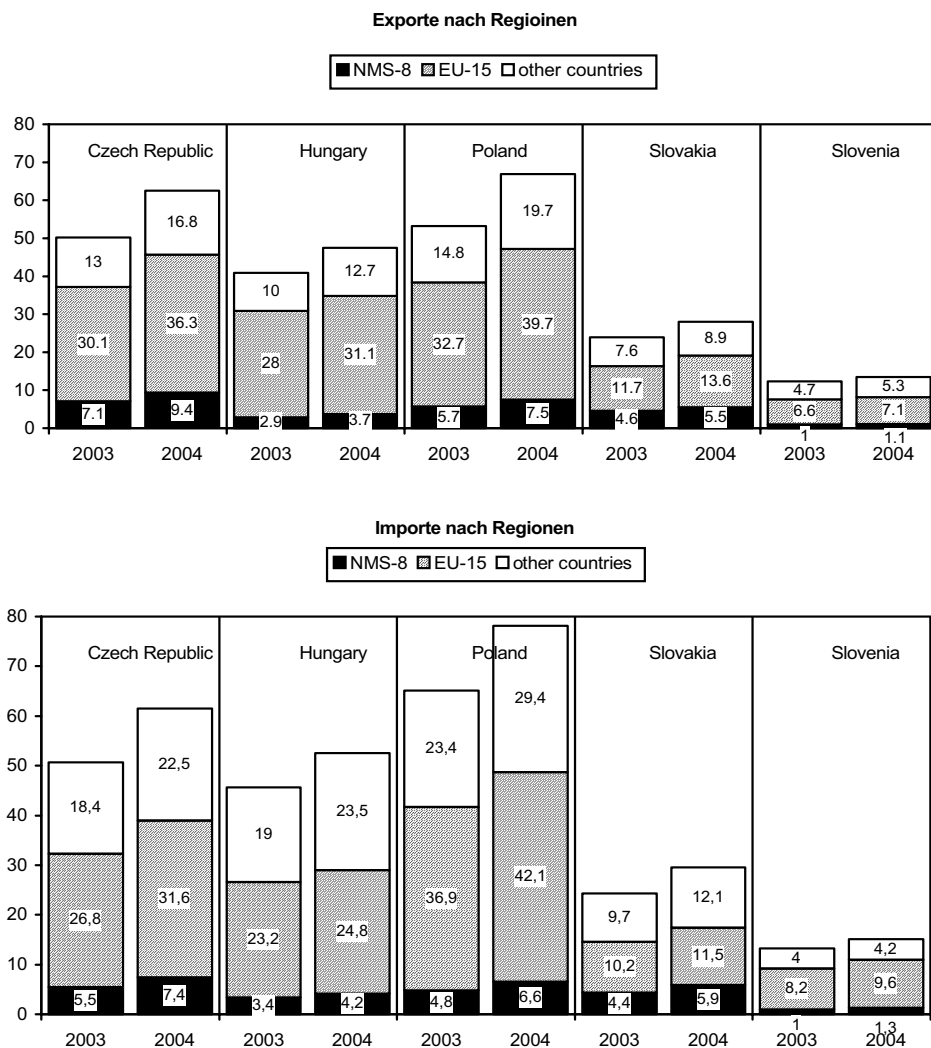
Notes: 1) Vorschau. - 2) Einschließlich Firmen mit Zollfreistatus: wiw Database einschließlich nationaler Statistiken.

weniger als die Gesamtexporte der NMS). Auf diese Weise gewannen die MNS-Exporteure weitere Marktanteile auf dem EU-Markt, wo sich ihre Erzeugnisse einer zusätzlichen Nachfrage erfreuten – trotz dem weiterhin mittelmäßigen Wachstum in der Eurozone<sup>9</sup>. Die NMS erfreuen sich auch wachsender Überschüsse im Handel mit den EU-15. Das ist weitgehend den wachsenden Außenhandelsüberschüssen Tschechiens, Ungarns und der Slowakei zuzuschreiben, sowie auch den rückläufigen Außenhandelsdefiziten in Polen. Im Gegensatz zu den oben erwähnten Feststellungen über den realen Beitrag des Gesamthandels (mit Gütern und Dienstleistungen) zum BIP-Wachstum, könnte der Warenhandel mit den EU-15 sehr wohl wachstumsstimulierende Auswirkungen auf diese Länder gehabt haben.

Die Übernahme der EU-Handelsregeln nach dem Beitritt hatte in den meisten NMS (mit Ausnahme der baltischen Staaten) nicht nur Senkungen der Importzölle zur Folge, sondern führte auch zur völligen Abschaffung aller Hemmnisse in Handel zwischen den NMS. Die bisherigen Daten zeigen, daß diese Verfahrensänderungen die erwarteten Auswirkungen auf den Handelsverkehr hatten: Der NMS-Handel außerhalb der »alten« EU (wo die Zölle schon früher weitgehend abgeschafft worden waren) und vor allem der Handel zwischen den NMS selber, verzeichnete im Jahr 2004 ein äußerst dynamisches Wachstum (Figur 2). Der Handel außerhalb der EU-25 entspricht mehr oder weniger der allgemeinen Entwicklung, da der Außenhandel der

Figure 2

### Der Außenhandel ausgewählter NMS, 2003 und 2004, Mrd. Euro



s. Quelle::: wiiv-Schätzungen aufgrund nationaler Statistiken

EU mit China, Rußland, Südkorea und der Türkei (aber nicht mit den USA und Japan) im Jahr 2004 ebenfalls stark anstieg. Aber die Exporte und Importe innerhalb der NMS – die inzwischen zur Gänze liberalisiert worden waren – schossen im Jahr 2004 um etwa 30 Prozent in die Höhe. Tschechien und Polen meldeten wieder die besten Ergebnisse, sowohl bei den Wachstumsraten, als auch bei den Exportüberschüssen beider Länder im Handel mit anderen NMS.

### Restriktivere Budgetpolitik

Die staatlichen Budgetdefizite sind in den drei baltischen Staaten und in Slowenien bereits niedrig gewesen (sogar mit den Überschüssen in Estland seit 2001). In den restlichen NMS sind die Defizite ziemlich hoch gewesen (siehe Tabelle 5). Die Fiskalpolitik der NMS wird bereits von der Europäischen Kommission beobachtet, und ihre Konvergenzprogramme werden regelmäßig analysiert. Derzeit ist Ungarn der einzige NMS, der sich dem »Verfahren wegen überhöhtem Defizit« stellen muß, da sein fiskalisches Konsolidierungsprogramm von der EU-Kommission als »unge­nügend« eingestuft wurde. Inzwischen wurden die gegen Tschechien, Polen und die Slowakei eingeleiteten Verfahren wegen überhöhten Defiziten durch Beschluß einer EcoFin-Versammlung vom 18. Januar 2005 aufgehoben. Alle hochdefizitären NMS müssen ihre diesbezüglichen Probleme langsam in Ordnung bringen. Slowenien, Estland und Litauen haben bereits eine »Belohnung« erhalten: sie wurden kurz nach ihrem EU-Beitritt in den *Exchange Rate Mechanism II* (Wechselkursmechanismus) aufgenommen. Wenn sie es schaffen, die Fiskaldisziplin und ihre Wechselkurse in der vorgeschriebenen Bandbreite von +/- 15 Prozent einzuhalten, dann werden sie in zwei Jahren (gegen Ende 2006 oder Anfang 2007) in der Lage sein, ihre nationalen Währungen abzuschaufen und sich dem Euro anzuschließen.

Die Fiskalpolitik der NMS war 2004 nicht wirklich expansiv: die realen Folgen der steigenden Staatsausgaben waren sehr gering – wahrscheinlich geringer als die realen Folgen der wachsenden Staatseinnahmen. Es heißt, daß eine expansive Fiskalpolitik nicht viel nützen würde, was die Defizite der Leistungsbilanz in einigen Län-

Tabelle 5

#### Staatliche Budgets, Rechnungsabschluß in Prozent des BIP<sup>1</sup>

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>2)</sup>	2005	2006
	Prognose											
Tschechien	-13.4	-3.1	-2.3	-5.0	-3.6	-3.7	-5.9	-6.7	-12.5	-4.3	-4.1	-3.8
Ungarn	.	.	.	.	.	-3.0	-4.4	-9.1	-6.2	-5.3	-4.8	-4.4
Polen	-2.2	-3.6	-4.0	-2.1	-1.3	-0.7	-3.7	-3.6	-3.9	-5.5	-4.0	-3.1
Slowakei	-0.9	-7.4	-6.2	-3.7	-7.0	-12.3	-6.0	-5.7	-3.7	-5.5	-4.2	-3.5
Slowenien	.	.	.	.	.	-3.5	-2.7	-2.3	-2.0	-2.1	-2.1	-1.8
Estland	0.4	-1.7	1.7	-0.3	-3.7	-0.6	0.3	1.3	3.1	0.5	0.2	0.1
Lettland	-2.0	-0.5	1.5	-0.6	-4.9	-2.7	-2.1	-2.7	-1.5	-2.0	-2.8	-2.9
Litauen	-1.9	-3.6	-1.1	-3.0	-5.5	-2.5	-2.0	-1.5	-1.9	-2.6	-2.5	-1.9

Anmerkungen 1) EU-Definition: Nettokreditvergabe (+) oder Nettokreditaufnahme (-) laut ESA95, Verfahren bei überhöhtem Defizit, 2. Vorläufig. .

Quelle: AMECO Database; wiiw Prognosen.

dem betrifft (die baltischen Staaten, Tschechien und Ungarn – siehe Tabelle 1). Andererseits könnte es angesichts der besonders hohen Arbeitslosigkeit (vor allem in Polen und in der Slowakei) sinnvoll sein, die Vorteile einer begrenzten und zeitweiligen fiskalischen Ausweitung ins Auge zu fassen. Dennoch ist eine vorsätzliche Änderung in der Einstellung zu einer eher laxen Fiskalpolitik in den NMS eher unwahrscheinlich, zumindest in den kommenden zwei bis fünf Jahren, da diese Länder bestrebt sind, die Defizitkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten, und überdies von ihren Konvergenzprogrammen eingeschränkt werden, die von der EU-Kommission kontrolliert werden. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich wichtiger, daß sich diese Länder aufraffen, bei der Gestaltung ihrer Geld- und Wechselkurspolitik Systemfehler zu vermeiden.

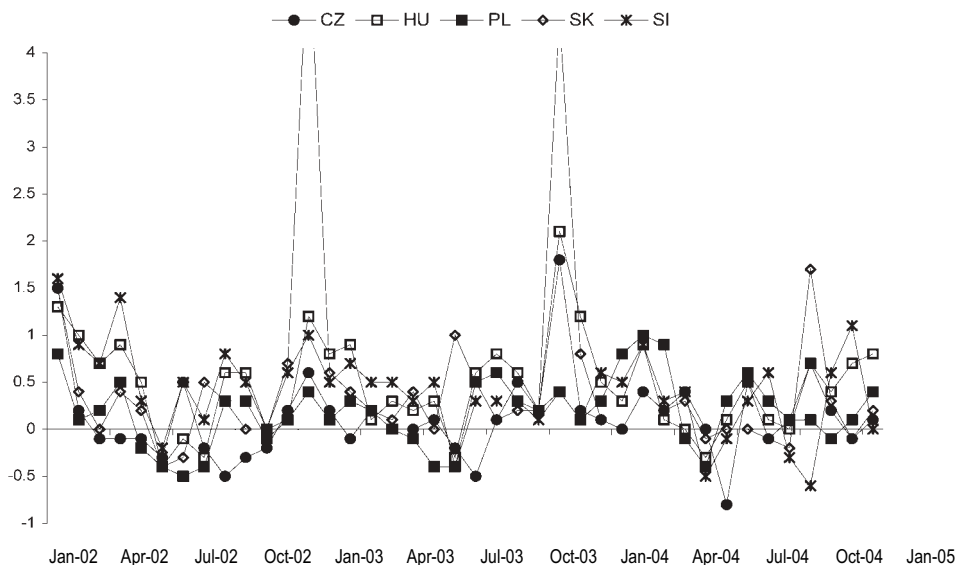
### Inflation und Wechselkurse

Die Inflation, sowohl bei den Konsumentenpreisen als auch den Erzeugerpreisen, war in den meisten NMS (mit Ausnahme der Slowakei – siehe Tabelle 1) im Jahr 2003 im allgemeinen niedrig und fällt weiter. Aber 2004 war die Jahresinflation in vielen NMS höher, was zum Teil die Folge fiskalisch begründeter Steigerung geregelter Preise und/oder Änderungen indirekter Steuern (MWSt) und Verbrauchssteuern (z.B. bei Tabakwaren) vor dem EU-Beitritt (in Ungarn und Tschechien; die Slowakei hat es zum Teil schon 2003 getan), um EU-Vorschriften zu genügen. Steigende Weltmarktpreise bei Energie und anderen Rohstoffen heizten ebenfalls die Inflation an. Letztlich führte die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Produk-

Figur 3

#### NMS-5: Veränderungen der Konsumentenpreise, 2002 – 2005

iVon Monat zu Monat, in Prozenten



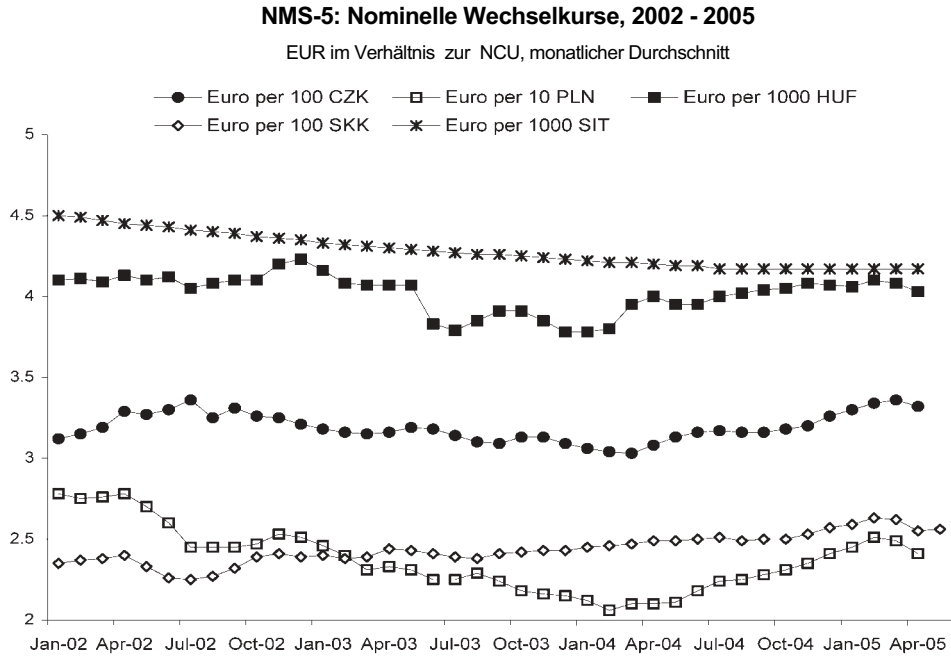
Quelle: wiw Monthly Database, einschließlich nationaler Statistiken

ten dazu, daß die verhältnismäßig sehr niedrigen Preise mancher Nahrungsmittel (unter anderem Zucker und einige Molkereiprodukte) anstiegen. Bald nach dem EU-Beitritt ging die Inflation 2004 zurück (Figur 3). Das verweist darauf, daß viele der in der ersten Hälfte 2004 erfolgten Preiserhöhungen die Folge überoptimistischer Nachfrageerwartungen gewesen waren. Der Rückgang der Inflation in der zweiten Hälfte 2004 ging Hand in Hand mit einigen Erleichterungen der Geldpolitik in Ungarn, in Slowenien und in der Slowakei, dies trotz der Tatsache, daß die ungarische Geldpolitik weiterhin sehr restriktiv ist.

Die NMS-Wechselkurse haben sich gegenüber dem Euro in den letzten Jahren als stabil erwiesen. Allerdings haben die Währungen der NMS-5 (außer in Slowenien) im Verlauf des Jahres 2004 eine Aufwertung erfahren (Figur 4). Im allgemeinen ist das durch ein relatives »Überangebot« von Devisen auf den heimischen Märkten zu erklären. Das »Überangebot« an Devisen, die auch als Ansporn für die wachsende Stärke der NMS-Währungen gewirkt hatte, hat sich 2004 in Form von Portfolio-Investitionen und/oder Fremdkrediten manifestiert. Es ist leicht verständlich, wodurch diese Eingänge im Fall Ungarns und Polens bewirkt wurden. Angesichts größerer Zinsunterschiede (im Vergleich zu den Weltmärkten) und der bemerkenswerten Vorhersehbarkeit (»Festigkeit«) der Geldpolitik in diesen beiden Ländern, können in Ungarn und Polen verhältnismäßig hohe Gewinne bei verhältnismäßig geringen Risiken erzielt werden. Die nominale Aufwertung (aus welchen Gründen auch immer eingetreten) ist geeignet, weitere, rein spekulative Eingänge anzuregen, die ihrerseits durch die Erwartung weiterer nomineller Aufwertungen ausgelöst wurden. Trotz der wesentlich niedrigeren amtlichen Leitzinsen der Zentralbanken, verweist der Umstand, daß die Währungen der Slowakei und Tschechiens ebenfalls aufgewertet wurden, wohl auch auf spekulativer Erwartungshaltungen. Ein Problem mit den umfangreichen Eingängen von Portfolio-Investitionen ist der Umstand, daß sie ihrem Wesen nach zur Instabilität neigen – und daher ihre Entwicklung unvorhersehbar ist. Ein Umkippen des Marktklimas (in diesem Fall die Erwartung weiterer Aufwertungen) könnte plötzliche Abflüsse und eine abrupte Abwertung auslösen, mit den wohl bekannten negativen Auswirkungen auf heimische Banken, und letztlich auch auf das Wachstum des BIP. Natürlich ist ein frühzeitiges Platzen der Spekulationsblase wahrscheinlich noch das beste Ergebnis, weil es zu einer Reduzierung der Menge der Spekulationspapiere in den Bilanzen von Banken und Unternehmen führt, die diese überflüssigerweise über längere Zeiträume akkumuliert hatten. Indessen zeigt die Erfahrung, daß die automatische nominale Aufwertung noch jahrelang weitergehen kann (was in Polen und in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts der Fall war, und neuerdings wieder in Tschechien, Ungarn und in der Slowakei). Auch wenn ein gewisses Ausmaß von Aufwertung bei den NMS mittel- und langfristig plausibel erscheint (falls durch »starke« Basisfaktoren, das heißt Produktivitätssteigerungen und nicht allzu große Leistungsbilanzdefizite gestärkt) ist das jedenfalls eine der Hauptaufgaben der Wechselkurspolitik vor dem Beitritt zur EWU, um »exzessive« Aufwertungen und die Gefahr plötzlicher Währungskrisen zu vermeiden.

Die Risiken und möglichen Kosten plötzlicher Abflüsse von Portfolio-Investitionen mit beginnender Aufwertung scheinen in den meisten NMS nicht sehr groß: im Vergleich mit früheren Perioden starker nomineller Aufwertungen währt die derzeitige noch nicht zu lange. Jedenfalls würde eine andauernde nominelle Aufwertung den Außenhandel nicht gut tun. Man möchte meinen, daß das relativ geringe Tempo

Figur 4



Quelle: wiiv Monthly Database, einschließlich nationaler Statistiken

der (realen) Aufwertung im Jahr 2004 (in Ungarn) und das verhältnismäßig niedrige Niveau der Wechselkursraten (in Polen und in Tschechien) die sehr guten Außenhandelsergebnisse im Jahr 2004 begünstigt hätten (in Form geringerer Außenhandelsdefizite). Zweifellos waren auch die letzten Steigerungen der Arbeitsproduktivität und die Entwicklung der Lohnstückkosten auch wichtig, da sie geeignet waren, den Folgen der Aufwertung entgegenzuwirken. Die letzteren waren 2004 substantiell gewesen – vor allem in Tschechien, in Polen und in der Slowakei – aber auch potentiell gefährlich. Sollten die Wechselkurse in den NMS weiterhin steigen, dann könnte sich die Entwicklung des Außenhandels dieser Staaten verschlechtern; vor allem wenn es sich herausstellen sollte, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität geringer als in den letzten Jahren ausfallen sollten. Unter solchen Bedingungen wird das Wachstum des BIP im Jahr 2005 wahrscheinlich sinken – eine Möglichkeit, mit der fast alle NMS rechnen müssen, wobei Polen und Ungarn in dieser Hinsicht am meisten gefährdet sind.

---

**Prognose: kräftiges BIP-Wachstum, sinkende Inflationsraten,  
 stagnierende Beschäftigung**

---

Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung in den NMS sind immer mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Zu den wichtigsten Faktoren, welche die aktuellen Prognosen beeinflussen, zählen die Entwicklung des Euro/Dollar-Wechselkurses, die Entwicklung der Energiepreise und nicht zuletzt die künftige Entwicklung der Euro-

zone. Das wiiv erwartet keine dramatische Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Befindlichkeit der NMS in Vergleich zum Jahr 2004. Wenn es zu keinen größeren Schocks von außen kommt, wird das BIP-Wachstum in den NMS-5 im Jahr 2005 geringfügig sinken (vor allem wegen einer Verlangsamung in Polen, die restlichen NMS-4 werden ihre Wirtschaftsergebnisse des Vorjahres mehr oder weniger aufrechterhalten – siehe Tabelle 1). Im Durchschnitt wird das BIP in den NMS-5 um etwa zwei Prozent schneller wachsen, als in der »alten« EU-15, damit werden sie ihre »Aufholrate« beibehalten. Die baltischen Staaten werden die mitteleuropäischen NMS beim BIP-Wachstum wieder überholen – zumindest in den kommenden zwei Jahren. Gegenwärtig holen sie schneller auf (nicht zuletzt deshalb, weil sie von einem niedrigeren Entwicklungsstadium ausgingen), allerdings gibt es manche Zweifel, ob sie diese Wachstumsrate (mehr als fünf bis sechs Prozent im Jahr) lang- und mittelfristig beibehalten können.

Nachdem die noch vor dem Beitritt notwendigen Anpassungsmaßnahmen jetzt auslaufen, wird die Inflation in den nächsten Jahren zwangsläufig sinken, und sich stufenweise der Eurozone angleichen. Die Inflation als solche ist kein Problem, aber die restliche, geringe, Inflationsdifferenz bedeutet, zusammen mit der Wahrscheinlichkeit einer weiteren nominalen Aufwertung der lokalen Währungen, eine reale Aufwertung und ein dementsprechendes Sinken der Wettbewerbsfähigkeit. Unter »normalen« Bedingungen sollte das durch den zu erwartenden Produktivitäts- und Qualitätszuwachs ausgeglichen werden, der durch Reformen und ausländische Direktinvestitionen (trotz der fortdauernden Leistungsbilanzdefizite in den meisten NMS) unterstützt wird. Allerdings könnte eine eventuelle übermäßige (nominale) Aufwertung – vielleicht angeregt durch spekulative Kapitalimporte infolge der Vorbereitungen auf den EWU-Beitritt – allerlei Probleme mit sich bringen. Das ist wohl eine der großen Risiken, welche die NMS in den nächsten Jahren bewältigen müssen.

Wie erwähnt, wird sie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt kaum wesentlich bessern, trotz des zu erwartenden starken BIP-Wachstums. Man erwartet, daß die Beschäftigung mittelfristig sogar zurückgehen könnte, zumindest in einigen NMS (zum Beispiel in Polen, sowie auch im nächsten Beitrittskandidaten Rumänien<sup>10</sup>). Für einen Neustart der Lissabonstrategie, die sich vor allem auf Wachstum und Arbeitsplätze konzentriert, wie es der EU-Kommissionspräsident, M. Barroso, unlängst verkündete, ist daher für die NMS ein Neubeginn besonders wichtig.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Mehr Details bei Havlik, P. et.al.op.cit

<sup>2</sup> Das steht im Gegensatz zu den Entwicklungen in der Eurozone (insbesondere in der Bundesrepublik, wo die heimische Nachfrage sowohl 2003 als auch 2004 wesentlich schwächer war – siehe *Eurostat News Release 6/2005*, 12. Jan. 2005.

<sup>3</sup> In den letzten Jahren kam es in den NMS in folgenden Bereichen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze: Handel, Hotels und Restaurants, Immobilien, öffentliche Verwaltung und andere Tätigkeiten. Einzelheiten dazu siehe M. Landesmann, H. Vidovic und T. Ward (2004, »Economic Restructuring and Labour Market Developments in the New EU-Member States« *wiiv Research Reports*, Nr. 312, Dezember.

<sup>4</sup> Siehe P. Havlik und M. Landesmann (2004), »Structural change, productivity and employment in the new EU member states«, 1. Kapitel in »Economic Restructuring and Labour Markets in the Accession Countries«, Forschungsprojekt im Auftrag von *EU DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities*, Contract No.VC/2003/0367, Dezember 2004.

- <sup>5</sup> Siehe R. Stehrer (2004), *Employment, education and occupational structures: future scenarios*, in *Economic Restructuring and Labour Markets in the Accession Countries*, op. cit. 6. Kapitel.
- <sup>6</sup> Beim Exportwachstum haben die NMS sogar die »alten« EU-Staaten übertroffen: laut *Eurostat* ist der Handel im Jahr 2004 um 8–9 Prozent gestiegen. Gleichzeitig konnte die Eurozone einen Handelsüberschuß von 74 Milliarden Euro erzielen – Siehe *Eurostat News Release 24/2005*, 22. Februar 2005-03-24.
- <sup>7</sup> Die geringere Wachstumszunahme bei den Importen wurde auch durch die Wertminderung des Dollars gegenüber dem Euro bewirkt, was die in Dollar berechneten Energiepreise dämpfte.
- <sup>8</sup> Infolge des Beitritts zur EU wurden die Methoden der NMS-Ausfuhrstatistiken wesentlich umgestaltet, sodaß die Daten über einen längeren Zeitraum nicht kompatibel sind. Seit Mai 2004 beruhen die Angaben über den Handel der NMS mit der EU nicht auf Zolldeklarationen, sondern auf Schätzungen aufgrund der vom Intrastat-System registrierten Aus- und Eingänge. Allerdings benützen nicht alle Länder die selbe Methode, daher sind Vergleiche mit der Zeit vor dem EU-Beitritt mit äußerster Vorsicht zu behandeln.
- <sup>9</sup> Es gibt Hinweise, daß auch die Agrarexporte in die EU, vor allem die Exporte aus Tschechien, Polen und der Slowakei, im Jahr 2004 überdurchschnittlich schnell angestiegen sind – siehe Z. Lukas (2005). »New EU Member States: booming agro-food trade, Poland ahead«, *The Vienna Monthly Report*, No. 2, Februar.
- <sup>10</sup> Siehe R. Stehrer (2004), »Employment, education and occupational structures: future scenarios«, 6. Kapitel in »Economic Restructuring and Labour Market in the Accession Countries«, Forschungsprojekt im Auftrag von *EU DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities*, Contract No. VC/5003/0367, Dezember 2004.